

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Maria Klein-Schmeink, Cornelia Behm, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Maßnahmen zur Reduzierung und Prävention von Übergewicht und Fehlernährung

Seit 2004 hat sich die Bundesregierung die Bekämpfung des Übergewichts zum Ziel gesetzt. Damals waren laut statistischem Mikrozensus 49 Prozent der erwachsenen Bevölkerung übergewichtig und 13 Prozent adipös. 2007 haben sich im Rahmen der Konferenz „Gesundheitliche Prävention. Ernährung und Bewegung für mehr Lebensqualität“ in Badenweiler Vertreter aller 27 EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und der Weltgesundheitsorganisation die Ziele verankert, „bis 2020 die Zunahme von Übergewicht bei Kindern zu stoppen ... und die Zahl übergewichtiger Menschen in Europa zu verringern.“ Bis 2010 sollten 10 Prozent mehr Menschen die Empfehlung erreichen, eine halbe Stunde am Tag körperlich aktiv zu sein, 20 Prozent mehr Menschen sollten bis 2010 täglich 5 Portionen Obst und Gemüse essen, 30 Prozent mehr Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung sollten bis 2010 „gesunde“ Mahlzeiten anbieten. Bei den Maßnahmen wurden unter Punkt 3 „strukturelle Veränderungen, z. B. Förderung einer gesundheitsfördernden Verpflegung und Bewegungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen, Schulen und im Arbeitsalltag, bei den Lerninhalten in Bildungsstätten, bei der Berücksichtigung von Bewegungsaspekten sowie bei der Städteplanung und bei Bauvorhaben“ genannt (Badenweiler Erklärung vom 2. Mai 2007, Quelle: Bundesministerium für Gesundheit/Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 27. Februar 2007).

Nachdem im Jahr 2008 die Nationale Verzehrsstudie II, eine flächendeckende Untersuchung an 18 000 Personen, die Zahlen von 2004 weitgehend bestätigte, rief die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan „INFORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und Bewegung“ ins Leben. Jährlich sollten mindestens 10 Mio. Euro investiert werden. Der Mikrozensus 2009 zeigt eine Verschlechterung der Zahlen an: 51 Prozent der erwachsenen Bevölkerung (60 Prozent der Männer und 43 Prozent der Frauen) sind in Deutschland übergewichtig.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil der übergewichtigen und adipösen Erwachsenen in Deutschland aktuell (getrennt nach Männern und Frauen)?
2. Wie hoch ist der Anteil der übergewichtigen und adipösen Kindern und Jugendlichen in Deutschland aktuell (getrennt nach Jungen und Mädchen)?

3. Wie sehen die Daten zu Übergewicht und Adipositas im internationalen Vergleich aus?
4. Wie haben sich die Zahlen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Bereich Übergewicht bzw. Adipositas seit 1999 entwickelt (getrennt für Männer und Frauen)?
5. Wie viele Erwachsene sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland an ernährungsbedingten Krankheiten erkrankt, und an welchen?
6. Wie viele Kinder und Jugendliche sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland an ernährungsbedingten Krankheiten erkrankt, und an welchen?

Mit welchen Folgen für die Entwicklung, körperliche und geistige Gesundheit im Erwachsenenalter, Leistungsfähigkeit und Lebenserwartung?

7. Wie stellt sich die Entwicklung ernährungsbedingter Krankheiten in Deutschland seit dem Jahr 2000 dar (getrennt Erwachsene/Kinder)?
Gibt es über die letzten 10 Jahre einen Trend zur Zunahme ernährungsbedingter Krankheiten?

8. Welche Kosten entstehen im Gesundheitssystem in Deutschland für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten?

Wie ist die Kostenentwicklung seit dem Jahr 2000?

9. Wie stellen sich die Kosten und die Kostenentwicklung seit 2000 zur Behandlung von Diabetes dar?

Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen Fehlernährung und sozialem Status?

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um armutsbedingter Fehlernährung vorzubeugen?

10. Wie setzt die Bundesregierung das international vereinbarte Recht auf Nahrung konkret um in Bezug auf Qualität, Gesundheit und Bildung?
11. Welche Maßnahmen zur Ernährungsbildung hat die Bundesregierung bislang getroffen?

Welche Vereinbarungen dazu gibt es im Rahmen der Kultusministerkonferenz zur Verankerung der Ernährungsbildung an Schulen?

12. Plant die Bundesregierung, Ernährungsbildung in den Ausbildungsgängen von Medizinern, Pädagogen und Erzieherinnen zu verankern?

Wenn ja, wie, und in welchem Umfang?

Wenn nein, warum nicht?

13. Welche gesetzgeberischen Maßnahmen zur Übergewichtsbekämpfung hat die Bundesregierung ergriffen?

14. Wie beabsichtigt die Bundesregierung die Ziele, bis 2020 den Trend zum Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen zu stoppen und bei Erwachsenen die Zahl der Übergewichtigen zu reduzieren, zu erreichen?

15. Wurde das in der Badenweiler Erklärung erklärte Ziel, dass gegenüber 2007 10 Prozent mehr Menschen je eine halbe Stunde am Tag körperlich aktiv sein sollen, erreicht (Vergleichszahlen 2007 gegenüber 2010)?

Wenn nein, warum nicht, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieses Ziel noch zu erreichen?

16. Wurde das Ziel erreicht, dass 20 Prozent mehr Menschen 5-mal täglich Obst und Gemüse essen sollen, erreicht (Vergleichszahlen 2007 gegenüber 2010)?
Wenn nein, warum nicht, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieses Ziel noch zu erreichen?
17. Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ergebnisse des Reports der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV) „Wie gesund lebt Deutschland“ vom August 2010, nach denen nicht einmal die Hälfte der 18- bis 29-Jährigen überhaupt täglich Obst oder Gemüse verzehren?
18. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem EU-Schulobstprogramm bei?
Aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung in Arbeitstreffen für die Kürzung der Mittel für das EU-Schulobstprogramm ausgesprochen?
19. Wurde das Ziel, in 30 Prozent mehr Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung „gesunde“ Mahlzeiten anzubieten, erreicht (Vergleichszahlen 2007 gegenüber 2010)?
Nach welchen Kriterien wurde und wird in diesem Zusammenhang „gesund“ definiert?
Wenn nein, warum nicht, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieses Ziel noch zu erreichen?
20. Welche der in der Badenweiler Erklärung unter Punkt 3 genannten strukturellen Veränderungen hat die Bundesregierung wie umgesetzt
- Förderung einer gesundheitsfördernden Verpflegung und von Bewegungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen,
 - Förderung einer gesundheitsfördernden Verpflegung und von Bewegungsmöglichkeiten in Schulen,
 - Förderung einer gesundheitsfördernden Verpflegung und von Bewegungsmöglichkeiten im Arbeitsalltag,
 - Änderung bei den Lerninhalten in Bildungsstätten,
 - Berücksichtigung von Bewegungsaspekten bei der Städteplanung und bei Bauvorhaben?
21. Welche Maßnahmen sind für das Jahr 2011, 2012 und 2013 insgesamt zur Übergewichtsreduktion und -prävention geplant?
22. Welche Projekte wurden mit dem Nationalen Aktionsplan Ernährung mit welchem Ergebnis gefördert (tabellarische Übersicht mit Projekttitle, Zielsetzung, Fördervolumen, Träger und Ergebnis)?
23. Welche Ergebnisse gibt es aus den Projekten der Plattform Ernährung und Bewegung e. V. (peb)?
Wie gedenkt die Bundesregierung die weitere Zusammenarbeit mit peb auszugestalten?
24. Welche Projekte werden auch in den Jahren 2011, 2012 und 2013 gefördert werden?
25. Welche Träger haben die besten Erfolge vorzuweisen?
26. Welche Projektansätze sind am besten geeignet, den Trend zum Übergewicht zu stoppen?

Berlin, den 29. Oktober 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

